

Labourstart Konferenz in Istanbul

Wenn zwei sich streiten...

...muss sich der Dritte nicht unbedingt freuen. Bei der Labourstart-Konferenz in Istanbul kam es zu Auseinandersetzungen: Von einigen TeilnehmerInnen arabischer Gewerkschaften und von Aktiven linker Gruppierungen aus Europa wurde Eric Lee der Vorwurf gemacht, sein Labourstart - Projekt betreibe prozionistische Politik, weil auch die Histadrut aus Israel eingeladen und anwesend war. Die Antwort Eric Lees ist nun vom selben Kaliber: Das seien vor allem Kader der Socialist Workers Party aus England gewesen (und ihre Verbündeten), einer Partei, die die palästinensische Hamas unterstütze – womit er offensichtlich meint, alles über die Gegenseite in diesem Fall gesagt zu haben.

Nun kann man das Argument, die Histadrut sei eine zionistische Organisation keineswegs eben mal vom Tisch wischen: Sie war es zumindest bei ihrer Gründung dem eigenen Selbstverständnis nach ohnehin; wichtiger aber: diese Gewerkschaftsföderation hat nicht nur jegliche aggressive israelische Regierungspolitik von Besetzung bis Mauerbau mit getragen, sie hat auch arabische Beschäftigte lange Zeit von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Auch deswegen sind Gruppierungen wie WAC-Man entstanden, die sich der gewerkschaftlichen Organisation palästinensischer Wanderarbeiter widmen, auch deswegen ist die Situation vieler migrantischer ArbeiterInnen in Israel besonders prekär.

Diese kurze Skizze soll ein Hinweis darauf sein, dass der Diskussionszusammenhang breiter ist: Denn dies sind Kritikpunkte die, wenn auch nicht in dieser Klarheit, für viele Gewerkschaftsföderationen in vielen Ländern gelten können – zur Erinnerung sei nur an diverse Kriege der Bundeswehr und die Haltung des DGB erinnert, der Name Günter Wallraff eingeworfen und auf dubiose Haltungen in Bezug auf Freizügigkeit verwiesen...

So betrachtet wird dann auch deutlich, wo das Dilemma eines Projektes wie Labourstart liegt: dass es eine Plattform der Gewerkschaften ist, von diesen gefördert – und weder eine Plattform für besonders aktive GewerkschafterInnen, noch eine für Basisgewerkschaftsströmungen oder für linke Strömungen oder was dergleichen mehr sinnvolle Ansätze sein könnten. Weil das eben so ist, ist solch ein Projekt dann aber eben auch an diese Gewerkschaften gebunden und Kritik an ihnen gilt dann eben auch immer dem Projekt – das ja nicht umsonst schon einmal, aus Anlass des Irakkrieges, heftig kritisiert wurde.

Da kann Labourstart dann konsequenterweise auch unter arabischen GewerkschafterInnen nahezu alles versammeln: Inklusive etwa Repräsentanten der tunesischen UGTT, deren Apparat dem davon gejagten Herrn Ali stets zu Diensten war; ein Apparat der, wie viele andere unterschiedlichster Organisationen auch, mit der antiisraelischen Rhetorik progressives Image signalisieren wollte – während sie andererseits jede linke

Regung in ihren eigenen Reihen unterbinden wollten. Da aber ist der Übergang zu Kräften des rechten politischen Spektrums dann nicht mehr weit.

Auf der anderen Seite: Es hat wenig mit Vorstellungen über die Lösung der Palästinafrage zu tun, ob man eine politische Kraft wie die Hamas für antiimperialistisch hält, was sie nicht ist. Palästina darf seine politische Repräsentanz selbst wählen? Selbstverständlich. Durfte Deutschland auch, seit 1918. Das soll nur heißen, dass nicht jede gewählte Repräsentanz von einem emanzipatorischen Standpunkt aus zu unterstützen, begrüßen oder was auch immer ist...

Und Antiimperialismus scheint heute billiger zu haben zu sein, als es früher der Fall war: Da war nach Inhalten gefragt, heute reichen anscheinend Erklärungen vor der UNO oder Vergleichbarem, es reicht sogar, sich im Visier des globalen Kapitalismus zu befinden...

Solcher Antiimperialismus kann dann auch nur uniform reagieren: Kontaktverbot! Nein, das ist keine Lösung. Histadrut ist zionistisch – weg. Der Afl-CIO? Unter vielem anderen beteiligt am Putschversuch gegen Hugo Chavez – auch weg? Der DGB – ewiger Partner beider genannten, treuer Unterstützer von Bundeswehreinsetzungen? Und, und, und...

Es wäre allen Seiten besser damit gedient, zunächst einmal klar zu machen, welche politischen oder gesellschaftlichen oder sozialen Strömungen für progressiv oder unterstützenswert oder kooperationsfähig betrachtet werden. Bei einer internationalen Gewerkschaftskonferenz hieße das dann beantworten, welche Strömung aus welcher Gewerkschaft man einlädt: Den Rest können auch die offiziellen Föderationen erledigen. Was sie nicht erledigen können, zum Beispiel: Etwa die für ihren Kampf international bekannten Bergleute aus dem süd-tunesischen Gafsa mit Basisaktivisten der Histadrut – die es inzwischen auch gibt – und streikerfahrenen palästinensischen Lehrern, die vielleicht andere Positionen zur Hamas haben zusammenzubringen.

Es scheint aber, mit solchem Herangehen säße man zwischen den Stühlen Eric Lees und seiner Widersacher von der SWP und aus Arabien. Im Angesicht der möglichen Ergebnisse einer solchen Auseinandersetzung unter solchen Ausgangsbedingungen wahrlich kein schlechter Ort...

Helmut Weiss

08. Dezember 2011